

Ein genehmigungspflichtiges Fernseh-Interview im Sinne der DDR-Zensoren war es nicht. Eher Heym-Kino.

Der ZDF-Korrespondent in Ostberlin, Peter van Loyen, hatte einem der prominentesten Autoren der DDR, Stefan Heym, lediglich die technischen Geräte seines Berufes — Kamera, Tonbandgerät, Beleuchtung — geliehen. Der un-bequeme Dichter klagte, ganz unbefragt auf seinem Sofa sitzend, die SED-Obrigkeit plane, ihn „aus dem Lande zu graulen“.

Doch statt des Dichters feuerte die SED den Mainzer Journalisten. Sogar Bundeskanzler Helmut Schmidt, dem niemand ein liebevolles Verhältnis zu Journalisten im allgemeinen und zu ihrem Beruf im besonderen nachsagen kann, zeigte sich betroffen: Dies sei, meinte er in seinem Bericht zur „Lage der Nation“, ein „ernster Rückschlag“ für das Bemühen der Bundesregierung um korrekte Beziehungen zur DDR — auch wenn man bedenke, daß drüben unter „Pressefreiheit“ etwas anderes verstanden werde als bei uns.

Heyms farbig gefilmte Botschaft aus dem Reich der gegängelten Kultur war vom ZDF in den Abendnachrichten heute ausgestrahlt worden. Sein Protest gegen die kleinkarierten Maulkorb-Maßnahmen, hüben wie drüben zu empfangen, mobilisierte einen Herrn Meyer im Botschafterrang. Dieser Abteilungsleiter „Presse“ im Ostberliner Außenministerium zitierte am 14. Mai um 13.00 Uhr den ZDF-Mann zu sich und äußerte sich amtsdeutsch: „Herr van Loyen, es betrifft Ihren Beitrag vom 12. 5. 1979 in der Sendung heute... Wir haben Ihnen ab sofort die Akkreditierung als Korrespondent in der DDR entzogen. Sie haben die DDR innerhalb von 24 Stunden zu verlassen.“

Ostberlin, stets vom Ehrgeiz beflügelt, Welt-niveau in allen Lagen zu erreichen, ist seitdem in der Behinderung und Ausweisung von Journalisten zumindest Europameister.

Zur Last legte Botschafter Meyer dem 38-jährigen Journalisten, er habe gegen eine DDR-Bestimmung verstoßen, die seit dem 11. April 1979 dekretiert:

„Journalistische Vorhaben in staatlichen und wirtschaftlichen Organen, Einrichtungen, volkseigenen Kombinat und Betrieben, Genossenschaften und gesellschaftlichen Einrichtungen und Institutionen sowie Interviews und Befragungen jeder Art sind genehmigungspflichtig.“

Paragraph 6 der Verordnung enthält den Strafkatalog: Möglich sind der DDR „Verwarnung des Korrespondenten, Entzug der Akkreditierung, Schließung des Büros des Publikationsorgans in der DDR“.

Alle drei Varianten dieses „träurig verengten Verhältnisses zu Pressefreiheit“ (Regierungssprecher Bölling) haben die Beamten des Regimes schon durchgespielt: Im „Interesse des friedlichen Zusammenlebens der Völker“ erläutert zwar das Parteiblatt *Neues Deutschland*, sei auch die DDR an einer „korrekten Berichterstattung über die DDR“ interessiert, nicht aber an jenen Journalisten, die „die Großzügigkeit der DDR immer wieder für dunkle Zwecke mißbrauchen“.

„Dunkle Zwecke“: Im Dezember 1975 berichtet der Spiegel über Zwangsadoptionen in der DDR. Der Korrespondent Mettke, der für diesen Bericht zwar nicht zeichnete, wohl aber gerade über die elitären Lebensfreuden der SED-Spitze berichtet hatte, mußte Ostberlin verlassen. Ein Jahr später erklärt der ARD-Korrespondent Lothar Loewe im abendlichen TV-Kommentar, die DDR-Grenztruppen hätten den Befehl, „auf Menschen wie auf Hasen zu schießen“. Paragraph 6 trat sofort in Kraft — Platzverweis für Loewe. Anfang 1978 dann zeigte das Politbüro gleich allen westlichen Journalisten die gelbe Karte: Ohne Namen zu nennen, behaupteten die zentral gesteuerten DDR-Medien, „bestimmte BRD-Journalisten“ mißbrauchten ihre Akkreditierung zu nachrichtendienstlicher Tätigkeit.

Am 10. Januar 1978 wurde das Spiegel-Büro geschlossen. Das Magazin hatte ein anonymes Oppositions-„Manifest“ aus der DDR gedruckt. Kurz darauf verurteilt die Ostberliner Pressebehörde fünf der 19 ständig akkreditierten westdeutschen Korrespondenten: Sie hätten „Falschmeldungen“ verbreitet über einen Zusammenstoß zwischen der Volkspolizei und Bürgern von Wittenberge in Mecklenburg.

Ein Jahr und viele amtliche Behinderungen später lamentiert nun das Regime, einzelne Journalisten von ARD und ZDF treffen sich „konspirativ in Wohnungen und anderen Orten“ mit „irgendwelchen Elementen“ — wie z. B. mit Havemann und Heym. Die alsbald veröffentlichten Ergebnisse solcher verschwörerischen Recherchen können dann bis zu 80 Prozent der DDR-Bevölkerung auf ihren Fernsehgeräten sehen; und das ist, „Pressefreiheit hin, Pressefreiheit her“ (Erich Honecker), in einem Land, in dem sich „Öffentlichkeit“ nach den Maßgaben wissenschaftlich-sozialistischer Gesinnungswächter definiert, für die SED auf Dauer untragbar.

Daß ein renitenter Wolf Biermann über die ultrakurzen TV-Wellen, kaum war er endlich verschwunden, schon wieder da war, machte den Abgrenzungsexperten der SED schmerzhaft klar, wie weit ihr starker Arm reicht: nicht bis in die westdeutschen Fernsehstudios.

Die „elektronische Wiedervereinigung“ beginnt mit Rudi Carrell und endet mit den *Tagesthemen*.

Die elektronische Wiedervereinigung der Deutschen vor ihren Fernsehgeräten wird der DDR-Führung unheimlich. Ihre Medien-Politik zielt auf die totale Kontrolle aller Meinungen im Lande

Schere im Kopf

Ein Bericht über die Öffentlichkeit in der DDR von Michael Naumann, Joachim Nawrocki und Josef Joffe. Mit Beiträgen von Marlies Menge (S. 10) und Dieter Borkowski (S. 12)

Rentner und junge Arbeiter, denen wenig passieren kann, äußerten in Straßeninterviews mit den westlichen TV-Männern nicht selten Ärger über staatliche Maßnahmen der DDR-Bürokratie. Und immer wieder kam der Satz: „Wir möchten mehr reisen“ (womit durchaus auch gesagt war, daß es eine Rückreise in die Heimat geben sollte). Derlei schmerzt die SED.

Die westdeutschen Fernsehkorrespondenten führen in der DDR ein für Journalisten ungewohntes Heldenleben; so wurde Lothar Loewe ARD-Nachfolger Fritz Pleitgen kurz nach seinem Ostberliner Dienstantritt auf der Straße von Unbekannt begrüßt: „Wir kennen Sie aus Moskau. Hoffentlich fliegen Sie hier nicht raus wie Loewe!“

Dem Reporter mit der Pelzmütze sind in der DDR (bis zum jüngsten Verbot von Straßeninterviews) schnelle Erfolgserlebnisse beschieden worden. Pleitgen: „Bei einem Meeting im Süden der DDR brach donnernder Beifall los, als der Veranstalter etwas entschuldigend die Anwesenheit eines ARD-Teams ankündigte.“

Nur hinter Dresden, in der Oberlausitz, sind die Nachrichtenjournalisten aus dem Westen unbekannt: Dort wohnen die meisten der etwa 20 Prozent der DDR-Fernseher, die aus geographischen Gründen weder das ZDF noch die ARD empfangen können. (Das Mainzer Programm können so-wieso nur 30 bis 40 Prozent der Zuschauer sehen, weil sie ihre teuren Geräte vor 1969 gekauft haben — da gab's in der DDR noch keine UHF-Sender und -Empfänger.)

Alle DDR-Bürger dürfen seit 1973 ohne Reue beim Klassenfeind zuschauen.

In jenem Wunderjahr der ostdeutschen Mediengeschichte erlaubte Erich Honecker den inzwischen fast 6 Millionen angemeldeten TV-Zuschauern der Republik, auf ihren Geräten (Preis: 2 050,— DM bis 3 050,— DM) Herrn Köpcke oder Herrn Löwenthal ins Auge zu blicken.

Was vorher bisweilen mit Entlassungen oder parteipolitischer Verachtung geahndet wurde, nutzen inzwischen jeden Abend bis zu zehn Millionen DDR-Bürger; westliche Nachrichtensendungen, Krimis und Spielfilme sind am beliebtesten. Die Mogadischu-Affäre erhöhte die ARD-Einschaltquote in der DDR auf 87 Prozent. Hoimar von Ditfurth schafft 50 Prozent, Wim Thoelke sogar 68 Prozent, wie ostdeutsche Demoskopen errechneten.

Die Zeiten, da „Junge Pioniere“ die westlich orientierten Fernsehantennen auf den Dächern der Mietshäuser unbrauchbar machen durften, sind längst vorüber. Das Konkurrenzverhältnis wird heute subtiler geregelt — zum Beispiel durch Leistungsangebot: den „Potzblitz“- und „Haben Sie das gesehen!“-Reportern der west-

deutschen Sportsendungen sind die ostdeutschen Kollegen um Längen voraus; als hätten sie's trainiert, besser zu sein. —

Der DDR geht es anders als allen anderen Ostblockstaaten: Sie muß mit dem „Klassenfeind“ leben. Was kümmert den Kreml, was in der Tagesschau gesagt oder in der *New York Times* geschrieben wird: Der Sowjetbürger kann die eine nicht empfangen, die andere nicht lesen. In der DDR aber hört die Abgrenzung am Bildschirm auf; hier, im Wohnzimmer, sorgt die Video-Elektronik jeden Abend für ein einziges Vaterland. Nirgendwo sonst im Ostblock wird eine Hauptstütze des Regimes, das Informationsmonopol der Partei, so gründlich untergraben wie zwischen Elbe und Oder.

Es ist eine Bedrohung, die niemand in der SED unterschätzt. Hitler konnte „Feindradio“-Hören unter Todesstrafe stellen, Ulbricht konnte gerade noch TV-Antennen abbrennen oder „gleichrichten“ lassen: Dies ist der Unterschied zwischen einem totalitären und einem autoritären Staat. Die DDR kann nicht abschotten, sie kann nur abwehren. Hierin zeigt sie unermüden Eifer.

Der Reaktionskatalog reicht von der listig-lächerlichen Desinformation bis zur massiven Repressalie. „So fällt es auf“, sagt Gunter Holzweißig, ein Bonner DDR-Medienspezialist, „daß stets während eines Tiefs in den innerdeutschen Beziehungen kurze unkommentierte ‚Abwehrmeldungen‘ über den ADN-Ticker laufen, um eigene Verhaltensweisen unerschwinglich zu rechtfertigen.“

Wenn das Westfernsehen wieder einmal „Lügen“ über den Arbeiter- und Bauernstaat verbreitet, heißt es im Osten sogleich: „Fernsehteam der BRD aus Uganda ausgewiesen“.

Als die neuen Intershop-Regeln eingeführt wurden, tönte die ADN: „Über 6000 Käufer bei Intershop in Westberlin aufgegriffen und bestraft.“ Die unterschwellige, wenn auch krause Botschaft: Kontrolle muß sein, weil „Spekulant“ und „Schieber“ die Intershops mißbrauchen.

Die Verwarnung und Ausweisung von westdeutschen Korrespondenten erscheint uns als Willkür; drüben folgt sie zwingend aus der inneren Logik des Systems. Wenn schon die Ausstrahlung von Informationen über die DDR nicht vermindert werden kann, dann muß wenigstens die Quelle trockengelegt werden. Die jüngste Ostberliner Medienverordnung hat schließlich nur ausgeweitet, was schon seit 1973 DDR-Gesetz ist: Schon vor sechs Jahren waren „journalistische Vorhaben in staatlichen und wirtschaftlichen Organen“ sowie Gespräche mit „führenden Per-

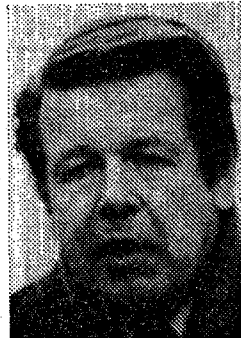
● Fortsetzung nächste Seite



Ausgewiesen, veremt:



van Loyen und Heym



Rote Karte für Journalisten: Loewe und Mettke



Die Welt steckt voller Degussa:

Arzneimittel sind unentbehrliche Helfer im Kampf gegen Krankheiten. Sie heilen, lindern und verhüten Krankheiten, Leiden, Körperschäden und krankhafte Beschwerden. Sie tragen dazu bei, unsere Lebenserwartung zu erhöhen.

Degussa produziert auch Arzneimittel. Sie stellt dem Arzt z. B. unter dem Namen Homburg und dem ihrer Beteiligungsgesellschaft Asta viele bewährte Präparate zur Verfügung. Die Palette umfaßt u. a. Medikamente gegen Erkrankungen von Herz und Kreislauf, Magen und Darm sowie der Atmungsorgane. Außerdem Krebstherapeutika, Grippeimpfstoffe, Mittel gegen Allergien, Rheuma und Schmerzen, aber auch gegen neurologische und psychiatrische Krankheiten.

Arzneimittel müssen wirksam, sicher und gut verträglich sein.

Homburg- und Asta-Pharmazeutika haben durch ihren Qualitätsstandard weltweite Geltung. Sie werden in über 80 Ländern der Erde ärztlich verordnet und in Apotheken bereitgehalten. Tochtergesellschaften der Degussa mit eigener Fabrikation versorgen die Pharmamärkte in Italien, Österreich und Brasilien. Beteiligungsgesellschaften und Lizenznehmer fertigen unter der Kontrolle des Stammhauses in über 20 weiteren Ländern dreier Kontinente Degussa-Arzneimittel für die Welt. Eine Leistung von vielen. Denn die Welt steckt voller Degussa.

Degussa Fortschritt durch Edelmetall und Chemie

Kurzweil in Moskau

„Die imperialistische Propaganda... greift die Gemüter der Sowjetmenschen ständig und verbissen an. Mit Hilfe äußerst raffinierter Methoden und moderner technischer Mittel ist sie bestrebt, das Bewußtsein der Bürger durch Verleumdungen unserer sowjetischen Wirklichkeit zu vergiften, den Sozialismus anzuschwärzen...“

Mit dieser Begründung rief das Zentralkomitee der sowjetischen KP am 6. Mai die Massenmedien zu verstärkter Kritik an inneren Mißständen auf. „Mängel im realen Leben“ dürften nicht verschwiegen werden; „Schwülstigkeit, Phrasendrescherei, abgeschmackter Stil, mechanisches Wiederholen von Binsenwahrheiten“ müßten abgestellt werden. Grund für diese von längerer Hand vorbereitete und von Breschnew bereits im vergangenen November angekündigte Kampagne: Immer mehr Sowjetbürger schalten die Ostpropaganda ab und die Westsender an, suchen Kurzweil auf Kurzweile. Jeder zweite Sowjetbürger lauscht gelegentlich, mindestens 50 Millionen hören regelmäßig BBC, Deutsche Welle, die Stimme Amerikas, Radio Liberty. Seit dem jüngsten ZK-Aufruf sind die sowjetischen Medien bunter geworden: Sie enthalten in den letzten Wochen fast täglich phantastische Erzählungen über westliche Korrespondenten — freilich in jenem „abgeschmackten Stil“, den das ZK kritisiert hatte. Die Vorwürfe gegen den eben ausgewiesenen ZDF-Korrespondenten Stengel und seinen Kameramann Altmann liegen auf dieser Welle. Zwischen Altmann und einem sowjetischen Mitarbeiter des ZDF-Büros hatte es im Februar eine etwas handgreifliche Auseinandersetzung gegeben. Dann mißfiel höchsten Ortes ein Fernseh-Bericht Stengels über Breschnews Gesundheit. Daraufhin schwärzte die *Iswestija* Stengel und Altmann an — entsprechend den neuen ZK-Richtlinien. In diese Situation platze die Ausweisung des ZDF-Korrespondenten in Ostberlin — und nun mußte der Krenl gegenüber dem eigenen Satelliten Solidarität demonstrieren.

C. S. H.



Nachrichtlücken in der DDR

Zwischen den Zeilen zu lesen, ist ein Kunststück, das in der DDR jedem Leser geläufig ist: Hinter dem Blatt versteckt sich die Wirklichkeit des Realsozialismus. Propaganda-Artikel werden schnell durchschaut — der ostdeutsche Durchschnittsleser überblättert die Phrasen vom „stürmischen Fortschritt“ der Republik und findet im Anzeigenteil jene Wirklichkeit, die ihm die Amtsblätter unter verschiedenen Titeln vorenthalten sollen.

Aufnahme: Hans Zillmann
Montage: D. Z.

Fortsetzung von Seite 9

sönlichkeiten“ genehmigungspflichtig; im April wurde mit dem Zusatz „Interviews jeder Art“ nur die letzte Lücke geschlossen. Ob jetzt „die von uns allen so erwünschte Ruhe“ eintritt, die sich — dachte er an „publizistische Organe“ — vor vierzig Jahren ein anderer Berliner Medienkontrollleur, Adolf Hitler, wünschte?

„Das richtige Bewußtsein“, hatte Karl Marx einst an seinen zeitweiligen Kampfgefährten Runge geschrieben, „ist eine Sache, die sich die Welt aneignen muß, ob sie will oder nicht.“

Die SED hat diesen — nebenher geäußerten — Omnipotenzraum ihres Kirchenvaters zum mediopolitischen Programm erhoben. So unterschied Erich Honecker in einem Interview mit der *Saarbrücker Zeitung* zwischen proletarischer und bürgerlicher Pressefreiheit. Letztere habe die Freiheit zur Verleumdung und antikommunistischen Lüge; die sozialistische „Pressefreiheit“ (Marx) sind hingegen angehalten, wie der SED-Mediendirektor Heinz Adameck kürzlich formulierte, „zum Wohlbefinden der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes beizutragen“. Darüberhinaus aber ist der „sozialistische Journalist ein Funktionär der Partei, der mit seinen spezifischen Waffen seine Funktion als kollektiver Organisator wahrnimmt“ (so der verstorbene SED-Funktionär Lamberz). Organisiert wird das sozialistische Bewußtsein, jene Marxsche „Sache“, deren Zustand ja schlecht überprüfbar ist und der darum den Funktionären der SED stete Sorge macht.

Die Medienpolitik ist ein wichtiger Teil in der Herrschaftssicherung der SED. Unter dem Titel „Parteilichkeit“ dienen Presse, Rundfunk, Film, Fernsehen und Verlagswesen der Aufgabe, die Konsumenten zu Kommunisten zu erziehen. Zwar „gewährleistet“ die DDR-Verfassung die „Freiheit der Presse, des Rundfunks und Fern-

sehens“, doch der offizielle Verfassungskommentar erläutert, was wirklich gemeint ist:

Diese Freiheit „zu sichern, heißt deshalb vor allem, keinerlei Mißbrauch der Massenmedien für die Verbreitung bürgerlicher Ideologie zu dulden und ihre Tätigkeit bei der Verbreitung der marxistisch-leninistischen Ideologie, die Foren des schöpferischen Meinungsaustausches der Werktätigen bei der Organisation des gemeinsamen Handelns der Bürger für die gemeinsamen sozialistischen Ziele voll zu entfalten.“

Dieses abstrakte Ziel wurde schon vom VIII. Parteitag der SED (Juni 1971) mit neuen Maßgaben ausgestattet: Die Journalisten der DDR sollen ihr Land in die sozialistische Staatengemeinschaft integrieren; sie sollen das Vorbild der UdSSR betonen und die Abgrenzung zur sogenannten „BRD“ nicht vergessen; ihre Kunden sollen sie gegen „bürgerliche Ideologie, Nationalismus, Sozialdemokratismus, Revisionismus und Maoismus“ immunisieren; und nicht zu vergessen sei der tägliche Ansporn zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

ZK-Mitglied und Medienchef Adameck fordert zumal ein „temperamentvolles Fernsehen des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates“, und denkt dabei an den „großen Film, der im großen Stil den Imperialismus entlarvt“. Gut in Erinnerung ist dem *Neuen Deutschland* zum Beispiel der „Mehrteller ‚Ich — Axel César Springer‘“, eines jener „zyklischen Bildschirmdramen, die im Wechselsfeld von Agitation und Kunst, von konkreten Erfordernissen im Klassenkampf und neu entstehenden Gestaltungsmöglichkeiten entstanden sind“.

Nach dem „Kleinen politischen Wörterbuch“ der DDR ist die öffentliche Meinung immer Klassenmeinung, sie wird von der herrschenden Klasse geprägt. Im Sozialismus „entwickeln sich



auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsweise objektive Bedingungen für die Herausbildung einer einheitlichen öffentlichen Meinung, in der sich die Interessen der Arbeiterklasse und aller mit ihr verbündeten Klassen und Schichten widerspiegeln.“

Die Medien der DDR haben nicht zuletzt die Funktion, diese Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung vorzutauschen. Daß es dabei ohne Manipulation nicht geht, wird selbst in der DDR-Presses gelegentlich zugegeben.

So antwortete die Zeitung „Bauern-Echo“ einem Leser: „Man darf nicht die Mehrheit zwingen, eine Meinung entgegenzunehmen zu müssen, die falsch, unwissenschaftlich und fortschrittswidrig ist. Wer entscheidet aber nun, was eine richtige oder eine falsche Meinung ist? Das ist die sozialistische gesellschaftliche Praxis, das Interesse der Arbeiterklasse, der mit ihr verbündeten Klasse der Genossenschaftsbauern, der sozialistischen Intelligenz und der anderen Werktätigen. Jede Meinung, die ihnen nützt, wird öffentlich und mit Nachdruck gefördert, jede Meinung, die ihnen schadet, kann unter ihnen keine Anhänger finden.“

Der taktlose Robert Havemann bringt dieses Prinzip auf einen anderen Begriff: So sichere sich die „Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. eine Diktatur im rein bürgerlichen Sinne“. Die Gemüts-, Meinungs- und Nachrichtenkon-

trolle durch die SED ist durch einen ebenso kostspieligen wie weitgefächerten Medienverbund gewährleistet, in dem 7000 Journalisten arbeiten. Sie werden vom Sekretariat für Agitation und Propaganda (Leiter: der frühere Chefredakteur der SED-Zeitung *Neues Deutschland*, Joachim Herrmann) und den entsprechenden Abteilungen im SED-Zentralkomitee angeleitet.

Bei diesem System bleibt nichts ungesteuert, auch nicht das scheinbar Beiläufige, Interessante. Nachrichten in der Provinzpresse, die oftmals mehr über das Leben in der DDR aussagen als die Zentralorgane der Parteien, sind ebenso wenig Zufallsprodukte wie die Antworten auf Leserfragen, in denen vielfach heikle, aber überaus bedeutende Hinweise oder Interpretationen versteckt werden.

In der DDR erscheinen 39 Tageszeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von acht Millionen Exemplaren, 31 Wochenzeitungen (8,7 Millionen Exemplare), 630 Betriebszeitungen (zwei Millionen) und 517 Zeitschriften (insgesamt 17,8 Millionen). Mit 452 verkauften (und verschenkten) Zeitungsexemplaren je 1000 DDR-Bürger liegt die DDR weit vor der Bundesrepublik (189 je 1000); freilich „abonniert“ jeder DDR-Bürger, ob er will oder nicht, mit seinem Beitritt in irgendeinen Klub stets eines der staatsgehaltenen Blätter.

Die Masse der Medien macht hier kaum ideologische Vielfalt aus: 65 Prozent der Tageszeitungsaufgabe stammen aus SED-Verlagen, weitere 25 Prozent aus „verbündeten“ Verlagen. Die rund 1000 westlichen Zeitungen, die der Berliner „Zeitungsvortrieb Gebrüder Petermann“ wöchentlich in den Osten expediert, landen auf den Schreibtischen linientreuer Funktionäre (und etwa 80 von ihnen lesen gerade diesen Bericht).

Spitzenreiter unter den Blättern ist das *Neue Deutschland* (Auflage: eine Million), gefolgt von

der FDJ-Tageszeitung *Junge Welt* (900 000), die dreimal so viele Leser findet wie die Lizenzzeitungen der DDR-CDU und anderer bürgerlicher Restparteien zusammen.

Da alle Zeitungen ihre Nachrichten von der staatlichen Agentur ADN erhalten, die nach dem Prinzip der „Parteilichkeit“ operiert, sind die Leser vor den Überraschungen bürgerlicher Meinungsvielfalt gefeit. Dafür sorgt schon das Pressemat beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR. Es übt die Kontrolle über alle periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse der DDR aus.

Wie alles in der DDR, so wird auch die Arbeit der Pressefunktionäre in Jahres-, Monats- und Wochenplänen vorbereitet. Richtlinien und Argumentationsanweisungen lassen für journalistische Neugierde wenig Raum. Das schlägt sich im Bürodeutsch der Medien nieder.

In der Zeitschrift „Neue deutsche Presse“ wird zwar ständig die Inhaltsleere der Nachrichten und die formelhafte Sprache beklagt, aber es ändert sich nichts. So schrieb das Verbandsorgan schon vor drei Jahren: „Und dann erst die Fremdwörter. ‚Initiative‘ ist schon im Singular ein Zungenbrecher, aber im Plural erst: ‚Initiativen!... Bedienen wir uns mit mehr Freude unserer schönen, nuancenreichen Muttersprache.“

Überschrift in „Neues Deutschland“ in diesen Tagen: „Kollektive entwickeln im Sinne des Schlußworts von Erich Honecker auf der 10. Tagung des ZK der SED neue Initiativen“.

Sorgenkind Nummer eins der amtlichen Meinungsmacher sind die trockenen DDR-Fernsehprogramme; seit 26 Jahren sendet die Partei aus dem Fernsehzentrum in Adlershof im Südosten Berlins. Das „Fernsehen der DDR“ spezialisiert sich auf „Fernsehndramatik“ und „Fernsehpublizistik“. Die Hauptnachrichtensendung „aktuelle kamera“

Fortsetzung nächste Seite

Neben der SED-Öffentlichkeit gibt es die kleine Welt der Vereine — doch die Parole heißt:

Agitieren, agitieren

Von Marlies Menge

Berlin, im Mai
Eine der gebräuchlichsten Begrüßungsformeln unter Freunden in der DDR lautet: „Was gibts Neues?“ Das wird nicht einfach so dahingesagt wie unser meist oberflächliches „Wie geht's?“ Man will wirklich wissen, was der andere in letzter Zeit erfahren hat. Die Auskunft entfällt entsprechend — da ist die Rede über die Arbeit, die Kollegen, Schwierigkeiten im Betrieb, die Meinung über die Lage im allgemeinen und besonderen.

Dann aber heißt es: „Und bei Dir?“ Ein nicht minder detaillierter Bericht folgt.

Diese Art der Mund-zu-Mund-Information funktioniert in der DDR gut.

Die private Form der Nachrichtenübermittlung geht weit über Klatsch hinaus.

Man braucht sich nur in eine der Eckkneipen zu setzen, wo Informationen und Meinungen besonders gern ausgetauscht werden — bei Mollé und Korn. Wenn es die richtige Kneipe ist, wird auch der Fremde sehr bald ins Gespräch gezogen. Es ist erstaunlich, wie sehr DDR-Bürger darauf aus sind, ihre eigene Meinung vorzutragen.

Vielleicht ist das ein — ungewolltes — Ergebnis der DDR-Medienpolitik: dieser öffentliche Zwang zur einheitlichen Meinung, die lückenhafte Information, die vorgestanzte Sprache, die ermüdende Agitation; sie stumpfen ab und übersättigen.

Eigene Meinung wäre die natürliche Reaktion auf die offizielle, die die sozialistische Welt dauernd glorifiziert.

„Je mieser die Versorgung in den Geschäften ist, um so mehr wird in den Zeitungen über unsere Erfolge gebubelt“, sagte eine Frau.

Wer indessen die DDR allein nach der Lektüre des *NEUEN DEUTSCHLAND* beurteilt, tut ihr unrecht. Schon die Provinzzeitungen bieten mehr Alltag — wenn auch nur im Anzeigenteil. Anzeigen geben Auskunft über private Wünsche, geheime Sehnsüchte der Bürger.

Wer in der DDR geboren wird, kann sich kaum dagegen wehren, dauernd zum sozialistischen Menschen erzogen zu werden, und das geschieht vor allem in den Kollektiven und Gemeinschaften, vom Kindergarten bis zur „Volkssolidarität für die Alten“. Jeder scheint irgend-

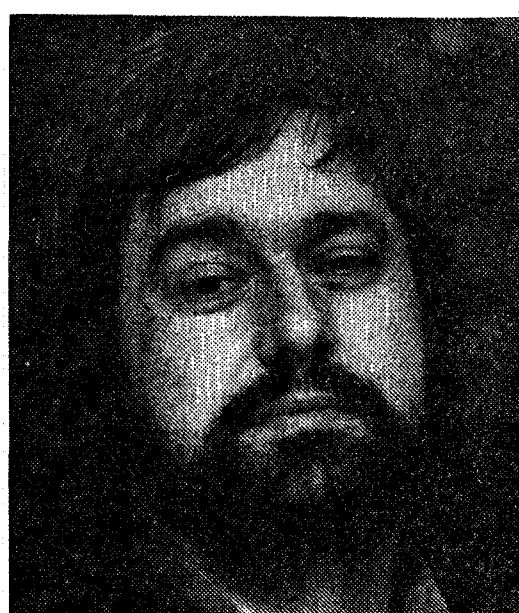


„Was macht Sarah Kirsch?“

lehrjahr in den Betrieben. Vorträge von Feuerwehrleuten bei der Volkssolidarität, wie die Ofen zu heizen sind, von der Volkspolizei über das Verhalten älterer Menschen im Straßenverkehr, von Juristen über das Abfassen von Testamenten. Die anschließenden Diskussionen sind meist weniger langweilig als der offizielle Teil der Veranstaltung fürchten läßt.

Ausgiebig werden in der DDR Jahresfeste gefeiert — hier trifft man sich: Der 1. Mai und die runden Jahrestage, wie der bevorstehende 30. Jahrestag der Republik, aber auch kleineren Jubiläen werden gern zum Feiern ausgenutzt — der Internationale Frauentag, 650 Jahre Stadtrecht eines Ortes, zehnjähriges Bestehen einer LPG, 20 Jahre Kleintierzüchterverein. Da werden im monotonen offiziellen Parteichinesisch zwar viel zu lange Reden gehalten, bei denen niemand so recht zuhört, dann werden verdiente Mitglieder der LPG, des Vereins, der Betriebe prämiert, indem man ihnen Blumen überreicht, ihnen Plaketten an den Busen heftet, oder sie schlicht hochleben läßt. Doch darauf folgt der gemütliche Teil, da wird geschunkelt, ein bißchen viel getrunken und am Ende werden die immer gleichen Lieder gesungen, wie das von der Haselnuß, die schwarzbraun ist und es wohl auch bleiben wird.

Viele, die aus der DDR in den Westen gekommen sind, klagten hier, daß sie sich in der Bundesrepublik isoliert fühlen. Worum sie in der DDR gemockert haben: die ewigen Versammlungen, das ewig Kollektive — hier fehlt es ihnen. Ihnen fehlt das intensive Reden miteinander, vor allem wohl das, was außerhalb der offiziellen Öffentlichkeit sich abspielt.



„Wo ist Jurek Becker?“

Obwohl (oder weil?) in Schule, FDJ, Partei kaum zu kritischem Diskutieren angehalten, läßt sich nicht übersehen, daß viele sich nach Gesprächen sehnen. Sicher ist das eine Erklärung für den Zulauf, den die Kirche bei vielen jungen Menschen hat. „Wenn die mir da mit dem herzlichsten Jesulein kommen würden, würde ich wegbleiben“, sagte ein Junge, der in der FDJ ist,

(sein Vater ist in der SED), und der regelmäßig jugendoffene Abende in der Kirche besucht. „Ich bin nicht fromm. Im Gottesdienst war ich noch nie. Ich gehe zu den Abenden, weil man da reden kann, was einem gerade einfällt, weil man sich frei bewegen kann, Musik hören, diskutieren.“

Ähnlich diskutierfreudiges Publikum findet sich nach manchen Schriftsteller-Lesungen, wo der Autor berichten muß, ob er etwas von den in letzter Zeit aus der DDR weggegangenen Schriftstellern wisse: „Was macht Jurek Becker?“ wird da gefragt, oder „Wo ist Sarah Kirsch jetzt?“

Und ob er es richtig fände, daß ein Schriftsteller aus der DDR in die Bundesrepublik gehe und hier seine Leser im Stich lasse.

Von Literatur wird in der DDR anderes und mehr erwartet als bei uns, sie hat einen ganz anderen Stellenwert. Es scheint in der DDR wichtiger und wirksamer, Bücher zu schreiben als in der Bundesrepublik, weil Bücher gleichzeitig die Aufgabe haben, Informationen zu vermitteln, die die Zeitungen ihren Lesern nicht liefern. Viele Schriftsteller der DDR empfinden diese Verantwortung, nämlich in ihren Büchern das zu schreiben, was in den Zeitungen nicht stattfindet: über das wirkliche Leben in ihrem Land.

Auch in Filmen, im Kabarett, im Theater der DDR ist mehr vom Alltag des Landes zu finden als in den Zeitungen. Nach manchen Theaterstücken wird diskutiert, wie zum Beispiel nach den Stücken des sowjetischen Autors Alexander Gelman, der sich kritischer als die genehmen DDR-Autoren mit Problemen in sozialistischen Betrieben auseinandersetzt.

Da lobt dann zum Beispiel ein Arbeiter im Zuschauerraum den Brigadier im Stück, der so mutig gegen den Kombiatsleiter und den Parteisekretär seines Betriebes aufgetreten ist.

Ob er denn nicht den Mut gehabt hätte und wenn nicht, warum nicht, fragte ihn daraufhin einer aus dem Theater; ob er etwa Angst hätte, seine Stellung zu verlieren?

„Das nicht“, sagte der Mann aus dem Publikum. „Arbeitskräfte werden bei uns ja gebraucht, und ich bin ein guter Arbeiter. Aber wenn ich so reden würde wie im Stück, dann würde ich agitiert und agitiert und agitiert...“

Es war im Sommer 1954: „Jeder Agitator, jeder Genosse, der verantwortlich in Presse, Rundfunk und Fernsehen wirkt, muß die Linie des Zentralkomitees genau kennen...

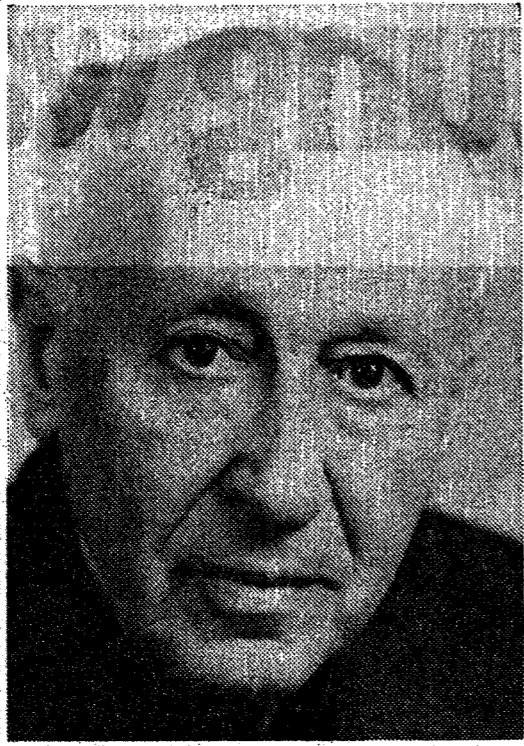
Der Kreis, vor dem der Abteilungsleiter für Presse und Rundfunk über die Agitationsrichtlinien der SED-Führung sprach, war sorgfältig ausgewählt. Nur 14 SED-Genossen als Vertreter der Bezirksstudios des Staatlichen Rundfunkkomitees waren in Weimar versammelt...

Meine verwunderte Frage, wie sich diese Haltung mit der internationalen Friedens- und Neutralitätspolitik, die von der sowjetischen und auch unserer Regierung in Europa propagiert würde, verträglich beantwortete der neue Agitationsfunktionär des Zentralkomitees mit einem feinen Lächeln: „Du siehst die Dinge noch nicht dialektisch, Genosse! Was wir international sagen, was wir auf dem diplomatischen Parkett anregen, empfehlen und durchsetzen wollen, muß absolut nicht identisch mit den Maßnahmen sein, die wir in der DDR verfolgen.“

Jene Episode kennzeichnet die „dialektische Methode“ der SED-Agitation. Während ZK-Abteilungsleiter Horst Sindermann die „Linie“ des Politbüros in der bedeutsamen Militarisierungsfrage für die vierzehn Provinzstudios des DDR-Rundfunks darlegte, stellte in Berlin ein anderer parteioffizieller Agitator, der Staatssekretär des neugegründeten „Ausschusses für deutsche Einheit“, Albert Norden, den Vertretern der Welpresse seine Hauptzeugen gegen die „gefährlichen Militarisierungs- und Bündnispläne des Adenauer-Regimes“ vor.

Der einstige Chef von Hitlers vernichteter Stalingrad-Armee, Generalfeldmarschall Paulus, erläuterte den Journalisten, wie gefährlich die Remilitarisierung Westdeutschlands für den Frieden in Europa sei und propagierte Abrüstung und Entspannung.

Sicher war es ein Zufall, daß Ulbrichts Regierungsgagatoren in den Hinterräumen des Goebbelschen Propagandaministeriums am Wilhelmplatz auftraten, der seit Kriegsende in Thälmannplatz umbenannt worden war.



Ulbrichts Mann: Albert Norden

Die SED-Propagandisten fühlten sich in den Hinterzimmern des Goebbels-Amtes wie zu Hause, und sie waren es ja auch. Wenn Parteichef Ulbricht sich in späteren Jahren der Presse stellte und der Saal am Thälmannplatz sich als zu klein erwies, bestellte Eislers Nachfolger als Presseamtschef der Regierung, der konvertierte Alt-Nazi Kurt Blecha, den früheren „Hermann-Göring-Saal“ im alten Reichsluftfahrtministerium in der Wilhelmstraße.

Die erwähnten Horst Sindermann als Abteilungsleiter für Agitation und der Spezialist für die „Westarbeit“ des SED-Zentralkomitees, Albert Norden, haben es seitdem noch weit gebracht. Ihre Karriere führte sie in das höchste Gremium der Partei, das Politbüro. Sindermann wurde sogar Ministerpräsident.

Albert Norden, der jahrzehntlang wirkende Chefagitator des Zentralkomitees, ist noch immer für die „Westarbeit“, vornehmlich mit der Agitation gegen die Bundesrepublik und das westliche Ausland zuständig.

Stets waren es besonders befähigte und zuverlässige Kader, die für Agitation und Propaganda tätig waren, wenn die Auserwählten es auch

Bewährte Stalinisten steuern die Propaganda seit 30 Jahren

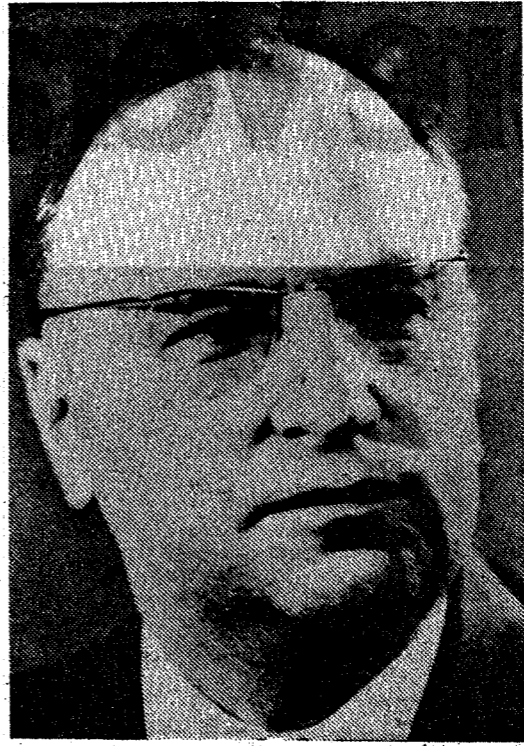
Redakteure - ins Zuchthaus entlassen

Von Dieter Borkowski

schwer hatten, den wechselnden taktischen Anforderungen der Parteiführung gerecht zu werden. So ist es kaum verwunderlich, daß in den Blütezeiten Stalinscher Säuberungen oder Änderungen der taktischen Linie Ulbrichts eine Reihe prominenter Sozialisten auf der Agitations-Streke blieben. Da purzelten Chefredakteure wie Lex Ende vom Neuen Deutschland oder Jakob Walcher von der „Tribüne“ wegen Teilnahme an der „jüdisch-zionistischen Weltverschwörung“, „mangelnder Wachsamkeit“ oder „prinzipiellen Versöhnlertrums“ in die Versenkung. Da wurde der hochtalentierter Journalist, das Politbüro-Mitglied Rudolf Herrnstadt, als „Fraktionsmacher und Parteifeind“ entlarft.

Die Chefredakteure des Berliner Rundfunks und Deutschlandsenders, Bruno Goldhammer und Leo Bauer, gerieten in der Zeit der Titoisten-Verfolgung in die Mühlen der Partei-Säuberung und saßen lange Jahre in den Kerker der Geheimpolizei; Leo Bauer entrannt mit Mühe einem sowjetischen Todesurteil.

Von der jüngeren Generation der DDR-Publizisten gingen Gustav Just und Heinz Zöger, die Chefredakteure der Kulturzeitschrift Sonntag



Havemanns Feind: Kurt Hager

als „oppositionelle Kader“ der um Reformen bemühten Gruppe des Philosophen Wolfgang Harich ins Zuchthaus. Selbst Honeckers langjähriger Freund Hermann Axen, heute als Chefaußenpolitischer Mitglied der herrschenden Troika, mußte zeitweilig wegen „Schwankungen“ gegenüber dem Kurs Ulbrichts eine Bewährungsfunktion annehmen.

Während alte Kommunisten manchmal Mühe hatten, sich anzupassen, fiel das solchen wandlungsfähigen Chefredakteuren wie Otto Zander von der „Nationalzeitung“, als Hauptbannführer einst kulturpolitischer Amtschef von Hitlers Reichsjugendführung, gar nicht schwer.

Von ähnlicher Beweglichkeit sind der Rundfunkmilitär-Kommentator Egbert von Frankenberg und Proschlitz, der im Spanischen Bürgerkrieg als Kommandeur des faschistischen Edelweisschwaders der Legion Condor einschlägige Erfahrungen sammelte und der SA-Führer und NSDAP-Genosse Dr. Günter Kertzscher, seit zwanzig Jahren Chefredakteursstellvertreter im Neuen Deutschland, der führenden Zeitung der DDR.

Drei Spitzenfunktionäre beherrschen heute als Politbüromitglieder und Sekretäre des Zentral-

komitees der SED das sich teilweise überschneidende Gebiet der Agitation und Propaganda.

Albert Norden nimmt sich noch auf dem Altenteil — er wird 1979 fünfundsiebzig — seines alten Steckenpferdes an. Durch ihn erfährt der Bürger in der DDR auch heute noch: „Zweihunderttausend Naziverbrecher leben in der Bundesrepublik unbehellig im Wohlstand!“

Neben ihm trägt Altgenosse Kurt Hager als Chefileologe der SED die Verantwortung für wissenschaftliche Weltanschauung, Kultur und Volksbildung. Eineinhalb Jahrzehnte lang ist seine Position durch die schwärzende Affäre Robert Havemann belastet. Es war Kurt Hager selbst, der 1964 Havemanns kritische Vorlesungen zur Marxismus-Interpretation verbot.

Für die gesamte DDR-Presse, für Rundfunk und Fernsehen stellt gegenwärtig die Weichen ein langjähriger Vertrauter Erich Honeckers: Der heute fünfzigjährige Joachim Herrmann begann als Verlagsbote und war dann viele Jahre lang Chef der FDJ-Tageszeitung „Junge Welt“, später des „Neuen Deutschland“. Hier diente sich der engstirnige und einflusslose Funktionär zum Fraktionsmacher für Honecker in der späten Ulbricht-Ära an: Die Belohnung blieb nicht aus.

Als der intelligente und wendige Agitationschef Werner Lamberz 1978 tödlich verunglückte, wurde Honeckers Angebot an die Intellektuellen, daß es keine Tabus mehr geben sollte, hinfällig. Joachim Herrmann, der Nachfolger von Lamberz, ist ein Medienfeldweibel, mehr nicht.

Während der alternde Ulbricht es in seinen späten Jahren genö, auf Pressekonferenzen und in Fernsehauftritten seine Selbstdarstellung zu inszenieren, scheut Honecker die „unkontrollierbare“ Öffentlichkeit, besonders das relativ offene Klima von Pressekonferenzen. Wer ihn genauer kennt, weiß, daß der Umgang mit den Medien ihm schon immer ein Greuel war. Das Fluidum des ungeschminkten Gedankenaustauschs und der freien Meinungsbildung erscheint diesem „Großen Bruder“ ebenso brisant wie verdächtig. Für Honecker und seinen Medienkommissar Herrmann werden Journalisten erst dann zu Gesprächspartnern, wenn sie sich von der noch immer geltenden Weisung Lenins leiten lassen: „Die Presse ist der kollektive Organisator und Agitator der Partei!“

Im „Journalistischen Handbuch der DDR“ heißt das verständlicher formuliert: „Wir drucken nicht prinzipiell alles mögliche ab. Unsere Presse bringt, was der Masse des Volkes dient. Der Gegner kommt nur zu Wort, falls uns das dient!“

Dieter Borkowski berichtete von 1966 bis 1971 aus der DDR unter dem Pseudonym Arno Hahnert für DIE ZEIT. Dafür wurde er in sieben Jahren Haft verurteilt. Seit 1973 lebt er in der Bundesrepublik.

Fortsetzung von Seite 10

(ak), die täglich von 19.30 Uhr an farbig ausgestrahlt wird, hat die Welt in gute und schlechte Nachrichten aufgeteilt. Die Einschaltquote liegt bei zehn Prozent. Die guten Nachrichten stammen aus der DDR und der Sowjetunion sowie den anderen Ostblockstaaten; sie machen etwa 60 Prozent der Sendung aus. Die traurigen Meldungen liefert der Westen.

Stefan Heym fühlt sich von der „ak“ in einen „angenehm komatösen Zustand versetzt“, aus dem ihn auch nicht die Information über die „erfolgreiche Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitags der SED“ reißen kann.

In der „ak“ sind stets die „Veränderungen tiefgreifend“, die „Anliegen vorrangig“, die „Anerkennung weltweit“ und die „Zustimmung millionenfach“. Fest steht aber, daß selbst das Versprechen der Schulfunk-Fernsehabeitteilung, die Erstürmung des Winterpalais im Film mitzuerleben“ aus den TV-Verbrauchern der DDR keine Revolutionäre gemacht hat. Daran ändern auch die vier Rundfunksender (ein Drittel Wort, zwei Drittel Musik) nichts.

Aufstieg vom Trommel-Reporter

Das Institut für Meinungsforschung beim Zentralkomitee der SED hat hin und wieder Umfragen veranstaltet: Themen waren zumal die eigenen Fernseh- und Rundfunkbemühungen. Doch veröffentlicht wurden solche Ergebnisse nie.

Das Institut, beziehungsweise jahrelang von dem Polizei-Generalobersten Karl Maron und danach von der Altkommunistin Helene Berg geleitet, soll in jüngster Zeit sogar aufgelöst worden sein: Vielleicht, weil seine Forschungsergebnisse deprimierten? In der fortschrittsgläubigen Ideologie der SED scheint nur für regierungstreuen Optimismus Platz zu sein.

DDR-Journalisten sind darum sorgfältig geschulte Kader, die „als künftige Angehörige der sozialistischen Intelligenz ihre enge Verbundenheit mit der Politik unserer Regierung“ überhaupt erst nachweisen müssen, bevor sie den Fuß auf die Karriereleiter setzen dürfen.

Ein gutes Schulzeugnis reicht da nicht aus, belehrte die Jugendzeitung Neue Welt einen jungen Frager. Der zukünftige Journalist „sollte schon durch seine Aktivität in unserem Jugendverband (der FDJ) beweisen, daß er die Welt sozialistisch verändern helfen will“. Und wie? Indem er zum Beispiel als „Agitprop-Funktionär“ oder „Trommel-Reporter“ während der Schulzeit „wertvolle Erfahrungen in der politischen Massenarbeit“ sammelt.

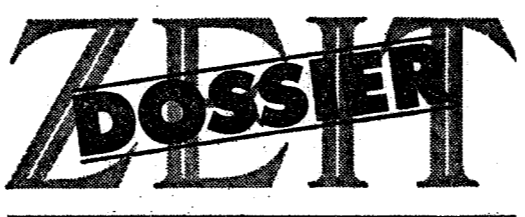
Journalist kann in der DDR nur werden, wer nach einem einjährigen Volontariat drei Jahre an der Fachschule für Journalistik in Leipzig ausgebildet wird. Absolventen dieser Fachschule dürfen die staatlich anerkannte Berufsbezeichnung „Journalist“ führen. Für „journalistische Kader“, die für höhere Aufgaben vorgesehen sind, gibt es ein vierjähriges Studium an der Sektion Journalistik an der Leipziger Karl-Marx-Universität mit dem Abschluß als „Diplom-Journalist“.

In Leipzig, dem „roten Kloster“ (so der Autobiographie-Titel einer Absolventin, Brigitte Klump) enthält der vierjährige Studienplan nur zur Hälfte Journalistisches; die andere Hälfte ist Kaderschulung — vom „Wissenschaftlichen Kommunismus“ über „Politisches Argumentieren“ bis „Politik der SED“.

Nicht Berichten, sondern Bewußtseinsbildung lautet die Devise, nicht Analyse, sondern Agitprop.

Professor Emil Dusiska, Chef der „Sektion Journalistik“, hat die Aufgaben seiner Chargen schon 1970 so beschrieben: „Von ihrem Talent und ihrer Arbeit, von ihrem Wissen und Können hängt es in entscheidendem Maße ab, ob und wie schnell die Beschlüsse und Zielsetzungen unserer Partei ihren Weg in die Hirne und Herzen der Menschen finden.“

Wer diese Schule absolviert hat, der braucht keinen Zensor und keine Zensur, der hat die Schere im Kopf. „Wir haben nie eine Pressezensur gehabt“, belehrte Ulbricht den tschechischen Parteiführer Dubček kurz vor dem Einmarsch in die CSSR, „und Sie sehen, wir sind



Im Schneckenhaus

Die Mächtigen wollen Deine Dienste zur Konservierung ihrer Macht. Sie leihen Dir den Produktionsapparat, sie bezahlen Dich, auf daß Du sie gut bedienst. Sie schauen Dir aufs Maul, lauern auf „falsche Zungenschläge“. Du beherrscht diese Sprache. Glaubst Du. Nach zehn Jahren hat diese Sprache Dich fest im Griff, obwohl es Dir immer noch gelingt, sie als Plastikhülle abzulegen, wenn Du glaubst, ihren Ohren für Stunden entkommen zu sein.

Das ist die Grundsituation: Im Umgang mit der Macht ihre Sprache gebrauchen, um in eigenen Arbeiten die Sprache der Ohnmächtigen durchzusetzen. Und dabei nistet ganz weit im Hinterkopf der Traum von der sozialistischen Menschengemeinschaft.

... Kleiner, täglicher dreckiger Kampf, an dem man sich blutig reibt, dann Schwielen bekommt, dann ...?

Dieses tägliche Sichbegeben in kleine Gefahren bringt auch um. Es sind die kleinen Gefahren der Selbsterstörung durch den täglichen Umgang mit der Macht. Eines Tages rechnet Du auf, beschaut die kleine Galerie Deiner gemessenen an den Mühen oft verzweifelter und mißgestalteter Produkte und zerschwindet für immer in Deinem Schneckenhaus. K. David

Der Autor, jahrelang Dokumentarfilmer in der DDR, ist vor einer Woche nach Hamburg umgezogen. Er beschreibt die Dialektik von Anpassung und Flucht nach Innen im Umgang mit dem DDR-Establishment.

ganz gut vorwärts gekommen, auch ohne Pressezensur.

Dies soll nicht heißen, daß ein geschulter DDR-Autor wissenschaftlich Informationen unterdrückt, Meinungen verfälscht oder in kalter Beflissenheit Ansichten verbreitet, die seinen eigenen widersprechen.

Die publizistische Stütze des Regimes ist kein zynischer Falschmelder. „Vielmehr ist sein Denkapparat“, so Robert Havemann, „durch den ständigen servilen Umgang mit der herrschenden Meinung schon längst nicht mehr fähig, anders als in gängigen Schablonen zu denken, so daß Meinungen, die er unterdrücken müßte, ihm schon gar nicht mehr in den Sinn kommen.“

Die Kaderpolitik der SED, die in Zeitungen, Zeitschriften, Sendern, Verlagen, Filmgesellschaften und Ämtern nur staats- und parteitreue Funktionäre zuläßt, bewirkt zusammen mit der Lizenzpflicht eine Selbstzensur, der sich selbst Kirchenblätter und geistig unabhängige Schriftsteller nur ganz selten entziehen können.

Vor fünf Jahren, im längst verblühten kulturpolitischen Frühling der DDR, schrieb die Dichterin Christa Wolf: „Der Mechanismus der Selbstzensur, der dem der Zensur folgt, ist gefährlicher als dieser: Er verinnerlicht Forderungen, die das Entstehen von Literatur verhindern können, und verwickelt manchen Autor in ein unfruchtbares und aussichtsloses Gerangel mit einander ausschließenden Geboten: daß er realistisch schreiben soll zum Beispiel und zugleich auf Konflikte verzichten, daß er wahrheitsgetreu schreiben soll, aber sich selbst nicht glauben, was er sieht, weil es nicht „typisch“ sei.“ Was „typisch“ für die sozialistische Wirklichkeit der DDR sei, verkündet das Allerheiligste; das Politbüro.

Es tagt jeden Dienstag, um die Sprachregelung der Woche festzulegen. Die Veröffentlichung brisanter Ereignisse, die nicht ins vorgestanzte Schema passen, etwa der Reaktorunfall bei Harrisburg, muß dann eben warten, bis sich das ZK den kollektiven Kopf zerbrochen hat.

Schon vor einem Jahrzehnt schrieb das Funktionsorgan „Neuer Weg“: „Publikationen und andere Veröffentlichungen über die Probleme der

sozialistischen Entwicklung werden auch vom Klassengegner sorgfältig registriert und ausgewertet. Solche in die Öffentlichkeit getragenen Informationen und Materialien müssen darum sorgfältig daraufhin betrachtet werden, daß sie nichts enthalten, was dem Gegner nützen, ihm einen unerwünschten Einblick gewähren könnte.“

Lieber läßt die SED darum die Bevölkerung uninformiert, als daß der sogenannte Klassengegner einen zu tiefen Einblick gewinnen könnte. Da aber keine moderne Gesellschaft ohne ein Mindestmaß an unverfälschter Information funktionieren kann, zirkulieren auf Funktionärs-ebene unzählige vertrauliche Papiere, die das ersetzen müssen, was die Zeitungen und Zeitschriften unterdrücken.

So gibt es also genau genommen drei Ebenen der Meinungsbildung in der DDR: Das Herrschaftswissen der Funktionäre, die veröffentlichte Meinung der staatlich gelenkten Presse, und die davon weit abweichende tägliche Erfahrung des Normalbürgers mit dem eigenen Alltag und dem abendlichen Westfernsehen.

Der unbekannt Politiker

Über die gewiß nicht unwichtige Bildung eines neunten Stadtbezirks in Ostberlin ist die Bevölkerung überhaupt nicht informiert worden; zu erfahren war dieser Vorgang mit großer Verspätung nur indirekt aus einer Wahlbekanntmachung.

Ähnliches gilt für zahllose Vorgänge in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Außenhandel, Kultur und Wissenschaft. Sie werden entweder nur indirekt oder gar nicht bekannt.

Daß es beispielsweise in der DDR einen Stellvertretenden Minister für Staatssicherheit namens Alfried Scholz gab, wurde erst durch seine Todesanzeige bekannt.

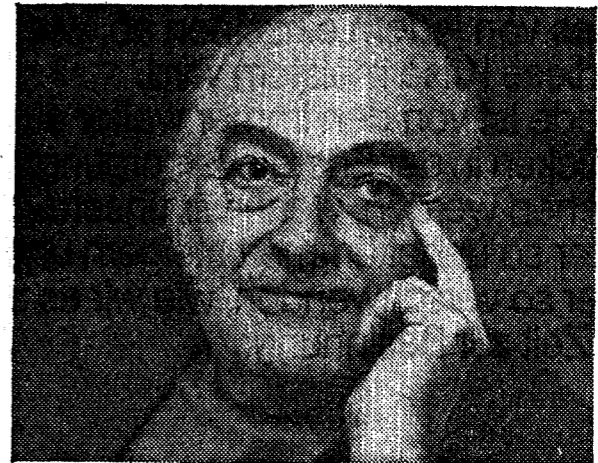
Die DDR ist offensichtlich das einzige Land, in der führende Politiker durch diese Welt gehen können, ohne daß die so Regierten auch nur wüßten, wer er ist, woher er kam und was er wollte: Sozialistische Öffentlichkeit. □

So ist jetzt Heyms Roman „Collin“ zum besten Roman zeitgenössischer Geschichte der DDR geworden, politisch abgewogen und ästhetisch gelungen.

Jürgen Serke/Stern

Stefan Heym Collin

Roman C. Bertelsmann



Er sei, liebte der Autor wissen, des „ewigen Rundlaufs um den heißen Brei“ überdrüssig. Und in der Tat nimmt er in dem neuen Buch nicht die geringsten Rücksichten mehr, weder auf sich selbst noch auf die Reputation der DDR. Sabine Brandt/FAZ

400 Seiten/32,- DM C. Bertelsmann